



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 336, 18.03.2010

Keine Aufhebung der Verjährung von sexuellem Kindesmissbrauch

Tipps und Links aus dem Internet

Keine Aufhebung der Verjährung von sexuellem Kindesmissbrauch

Aufgrund der immer häufigeren Anzeigen sexuellen Missbrauchs in Erziehungseinrichtungen der katholischen Kirche wie auch anderen Bildungsstätten hatte die CDU-Fraktion beantragt, die strafrechtliche Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern abzuschaffen. Dem mochten die Koalitionsfraktionen nicht folgen und stellten ihrerseits einen differenzierteren Antrag. Dieser fordert den Senat auf, „durch eine Bundesratsinitiative zu erreichen, dass der Bundestag das Strafgesetzbuch daraufhin überprüft, ob die Pflicht des Staates zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewalt angemessen umgesetzt wird. Insbesondere ist zu prüfen, ob die unterschiedliche Strafandrohung in einem angemessenen Verhältnis zur jeweiligen Schwere der Straftat steht. Eine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuches würde auch eine Änderung der Verjährungsfristen nach sich ziehen.“

Matthias Güldner, Vorsitzender der Grünen-Fraktion, bezog sich nicht nur auf eine konsequente Aufklärung und juristische Konsequenzen für die jeweiligen Täter. Er forderte insbesondere die Kirche auf, überkommene Strukturen aufzubrechen: „Hierbei handelt es sich um Männerbünde, geschlossene Systeme, wo nichts nach außen dringt, seien das nun die Kirchen oder Einrichtungen wie die Odenwaldschule. Geheimhaltung und Abschottung sind in der Struktur angelegt. Wir reden hier aber auch über Altenheime, Behindertenheime, Kinderheime, Gefängnisse. Überall dort finden wir Opfer von Machtmissbrauch gegenüber denen, die von der Außenwelt abgeschlossen sind. Daher muss es draußen Menschen geben, die sich kümmern, Ombudsleute oder Vertrauensleute wie in vielen Anstaltsbeiräten, die immer weiter Licht ins Dunkel bringen.“

Güldner wies auch darauf hin, dass es sich bei den Tätern nicht allein um irgendwelche anonymen Menschen an den Rändern der Gesellschaft handele. So seien der

ehemalige Leiter der Odenwaldschule und mutmaßliche Täter Gerold Becker wie auch dessen Nachfolger Wolfgang Harder als Erziehungskoryphäen in Bremen am Bildungstag 2003 wie auch am Runden Tisch Bildung 2005 an exponierter Stelle beteiligt gewesen. Matthias Güldner wandte sich noch an den CDU-Antrag: „Das Verschärfen der Gesetze ist nicht einmal ein zentraler Baustein. Es hat sich in den vergangenen Jahren ein gesellschaftlicher Wandel vollzogen, den es fortzusetzen gilt. Das schützt die Kinder mindestens so gut wie gute Gesetze.“

Horst Frehe, justizpolitischer Sprecher der Fraktion, ging noch auf die juristischen Aspekte ein: Es gebe keine Verjährung für Mord und auch nur für Völkermord wurde die Verjährung aufgehoben zur Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen. Nun auch noch die Verjährung für sexuellen Missbrauch von Kindern nachträglich aufzuheben, stieße auf starke verfassungsrechtliche Bedenken. Der rot-grüne Antrag fordere jedoch den Senat zusätzlich auf zu prüfen, ob mit einer Bundesratsinitiative Menschen, die vor 1976 als Kinder und Jugendliche Opfer von seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewalt geworden sind, im Rahmen einer erweiterten Härtefallregelung Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten können.

Tipps und Links aus dem Internet

Im Weser Kurier zur Debatte in der Bürgerschaft zum Thema Gründung von weiteren Schulen in freier Trägerschaft

Auf der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wurde unter anderem über die Frage der Gründung weiterer Schulen in freier Trägerschaft diskutiert. Einen ausführlichen Bericht hierzu kommt in unserem nächsten Newsletter.

Die Berichterstattung zu diesem Thema im Weser Kurier finden Sie vorab schon einmal hier:

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/132403/Parlamentsmehrheit+fuer+Privatschulen.html>

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmann, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.